



Themen in dieser Ausgabe:

- Steinmeier möchte bleiben
- Schwarz-weiß-rot wird nun doch verboten
- Bismarck soll kontextualisiert werden
- Weniger als die Hälfte der Deutschen traut sich, die Meinung frei zu äußern

Jahr 16, Ausgabe 9

20.06.21

Bezieher: 600

Steinmeier möchte bleiben

Der Bundespräsident hat bekundet, für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Das Echo darauf fiel ungefähr so enthusiastisch aus, als ob *Joachim Löw* angekündigt hätte, jetzt doch für die Zeit nach der EM als Bundestrainer weitermachen zu wollen. Tatsächlich äußerte sich niemand Namhaftes positiv dazu.

Nach den zurückgetretenen Präsidenten [Horst Köhler](#) und [Christian Wulff, die nach gewohnter Art im Hinterzimmer nominiert wurden](#), war die Not bei den Parteien so groß, daß man nicht so ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen konnte. Tatsächlich mußten Parteiinteressen eine Weile zurückstehen, und [so wurde Joachim Gauck gewählt](#), und zwar tatsächlich nach dem Kriterium, daß sich viele Deutschen ihn als Bundespräsidenten vorstellen konnten. [Nach Gauck, der seine einzige Amtszeit zwar nicht sinnvoll und nutzbringend, aber zumindest weitgehend skandalfrei zu Ende brachte](#), konnte endlich wieder gemauschelt werden. An *Wulff* und *Köhler* erinnerten sich schließlich nur noch wenige. So wurde *Steinmeier* nominiert. Das hatte er sich auch verdient, schließlich war er brav als Kandidat der ehemaligen Volkspartei SPD gegen Mutti angetreten und gab dem Bürger somit die Illusion, eine Wahl zu haben. Jetzt hat er angekündigt, nach seiner ersten Amtszeit gerne weitermachen zu wollen, denn nach dem Bundespräsidentenamt kommt für verdiente Parteisoldaten schließlich nur noch die wenig glamouröse Rente, wenngleich diese den Steuerzahler pro Ex-Präsidenten auch noch einmal [mehrere hunderttausend Euro im Jahr](#) kostet. Allerdings hat *Steinmeier* bei der Wiederwahl ein Problem: Die SPD spielt keine Rolle mehr. CDU und Grüne denken an eine künftige Koalition und da würde jemand von der SPD nur stören. Man braucht den Posten vielmehr als Verhandlungsmasse und dafür, um jemand Ungeliebtes aus den eigenen Reihen loszuwerden. Vielleicht bietet sich da ja zum Beispiel eher *Robert Habeck* an. Mit jemandem, der sich laut seiner Parteikollegin, der Völkerrechtlerin *Annalena Charlotte Alma Baerbock*, gut mit Schweinen und Kühen auskennt, hätten zumindest die Landwirte einmal wieder eine ordentliche Vertretung. Allerdings ist *Robert Habeck* keine Frau, ein Kriterium, welches *Annalena* wiederum erfüllt, die dann auch endlich einmal etwas Nettes in ihren Lebenslauf eintragen könnte. Wahrscheinlich ist sie aber noch zu jung, um danach in Rente zu gehen und daher würde sich vielleicht auch *Claudia Roth* anbieten, die noch viel wirksamere Zeichen für Frauenrechte und gegen Antisemitismus setzen kann, wenn sie sich als Bundespräsidentin und nicht nur wie 2015 als Abgeordnete verschleierte mit iranischen Würdenträgern trifft. [Steinmeier hatte den Atomnullahs immerhin nur \(aus Versehen\) zum Dienstjubiläum gratuliert](#). Jenseits zynischer Kommentare: Die Bundespolitik bietet ein trauriges Schauspiel, welches auch auf die Wahl des Bundespräsidenten übertragen wird. Andere Länder lösen dieses Problem, in dem sie das höchste Amt im Staat dem Parteienstreit entziehen. Sollte dies in Deutschland nicht möglich sein, sollte man zumindest über seine Abschaffung nachdenken.



Königin Elizabeth II. hat alle deutschen Bundespräsidenten, 14 US-Präsidenten und sieben Päpste erlebt. Frank-Walter Steinmeier ist beim 2. US-Präsidenten angekommen und hat noch immer mit dem ersten Papst zu tun.

Schwarz-weiß-rot wird nun doch verboten

Man weiß nicht, was theatralischer war: das Fahنشwenken einiger weniger skurril anmutender Menschen vor dem Reichstag im Zuge von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen im Sommer 2020 oder die anschließende mediale Inszenierung dieses Ereignisses als Sturm auf den Reichstag. Dieser war, es sei hier noch einmal daran erinnert, leer, da Wochenende war, und ganze drei Polizisten waren zu seiner Bewachung abgestellt. Was nun daraus wird, kann auch wieder nur als Geschichtsklitterung bezeichnet werden. Die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreichs und die sogenannte Reichskriegsflagge des Kaiserreichs sollen deutschlandweit verboten werden. Da das mit den Verboten in Deutschland aus guten Gründen nicht ganz so einfach ist, [kann man die Fahnen nun nicht vollständig verbieten](#), aber verklausuliert läuft es darauf hinaus:



Sie dürfen unter anderem nicht gezeigt werden, wenn dazu ausländischerfeindliche Parolen skandiert werden. Da kann man noch absolut mitgehen, da dies in der Tat einen Mißbrauch der Fahnen darstellt, auch wenn man sich gleichzeitig fragt, welche anderen Fahnen dann auch noch verboten werden müßten. Bei paramilitärisch anmutenden Versammlungen, wo sie auch nicht gezeigt werden dürfen, wird es schon schwieriger, denn zahlreiche Studentenverbindungen haben schwarz-weiß-rot als ihre Farben und sie tragen etwas, was leicht überholt „Chargenwuchs“ genannt wird, aber

eben wie Uniformen aussieht. Da in den Kreisen dieser Leute zahlreiche Juristen zu finden sind, sollten sie sich aber erfolgreich dagegen wehren können. Der letzte Punkt öffnet jedoch der Willkür völlig die Tür: Sie dürfen nicht an Orten oder Daten mit historischer Symbolkraft gehißt werden. Das kann dann so gut wie alles einschließen, vom 9. November, wo es durchaus Sinn machen könnte, angesichts des völligen Scheiterns der Weimarer Republik daran zu erinnern, daß die Abschaffung der Monarchie an jenem Tag 1918 keine so tolle Idee war, bis hin zu dem Tag, an dem Großtante Erna beim Aufhängen des Kaiserbildes von der Leiter fiel und sich einen Fuß verdrehte. Alles in allem wird hier also ein (Nicht-) Ereignis instrumentalisiert, um damit Politik zu machen und jedwedes positive Erinnern an das Kaiserreich bewußt zu zerstören. L.R.

Bismarck soll kontextualisiert werden



Völlig unbeachtet von der Welt feiert das Haschemitische Königreich Jordanien in diesen Tagen sowohl den 100. Jahrestag der Schaffung des Landes wie auch den 75. Jahrestag seiner Unabhängigkeitserklärung.

1921 richteten die Briten das vom Völkerbund übertragene Mandatsgebiet Transjordanien mit Emir Abdullah I bin al-Hussein als Monarchen ein. Dieser erklärte 1946 die Unabhängigkeit und sich selbst zum König. Vor 70 Jahren wurde er beim Besuch der Al-Aqsa Moschee in Jerusalem erschossen.

„Wir beanspruchen die uns entrissenen Gebiete und Kolonien genauso zurück, wie wir die unsererseits besetzten Gebiete geräumt haben.“ Wer hat das wohl gesagt? Ein Tip, bevor es unten im Artikel aufgelöst wird: Es war ein Politiker, nach welchem heute eine Partei stiftung benannt ist, der aber normalerweise eher nicht mit Kolonialismus in Verbindung gebracht wird.

Bismarck hat leider nicht dieses Glück, [wie Corona bereits berichtet hatte](#). Im Zuge der sogenannten Black Lives Matter – Bewegung soll Bismarck zu einem bösen Kolonialisten stigmatisiert werden. Dies geschieht nicht zuletzt mit dankbarer Schützenhilfe derer, die der Meinung sind, die Deutschen dürfen keine vorrepublikanischen positiven Bezugspersonen haben – eine Meinung, die vor allem im linksextremen und linken Spektrum zu finden ist. Da der Zweck die Mittel heiligt, muß man es mit den Fakten auch nicht so genau nehmen und kann sie im Falle Bismarcks, welcher bekanntlich gegen Kolonien war, auch schon einmal in ihr komplettes Gegenteil verkehren. In diesem Sinne sollte die Sanierung des Hamburger Bismarckdenkmals nicht einfach so über die Bühne gehen, wie geplant. Bismarck sollte vielmehr „kontextualisiert“ und das Denkmal künstlerisch umgestaltet werden. War bislang noch zu hoffen, daß dieser Blödsinn wieder in Vergessenheit gerät, scheint dies leider nicht der Fall. Jetzt gibt es dazu Konkretes. Afrikaner sollen mitwirken, Bismarck einzuordnen, was offenbar [im Rahmen eines Workshops](#) stattfindet, zu dem man dann, warum auch immer, Wissenschaftler aus den beiden ehemaligen deutschen Kolonien Namibia (Deutsch-Südwest) und Kamerun eingeladen hatte. Noch einmal: Bismarck war gegen Kolonien, auch wenn er sie nicht verhindern konnte.

Man kann ihn für den Kulturkampf und die Sozialistengesetze angreifen, aber nicht dafür.

Die eigentliche Frage ist daher nicht, ob das Bismarckdenkmal in seiner jetzigen Form erhalten werden sollte, sondern ob man es dem Andenken Bismarcks zu muten kann, wenn Denkmäler für ihn an einem Ort stehen, der ganz offensichtlich von einer Horde Schwachsinniger und Demagogen angeleitet wird. An anderen Orten der Welt wird des ersten Kanzlers des Kaiserreichs durchaus ehrend gedacht. Städte und geographische Punkte, die im Ausland nach Bismarck heißen, stehen unter anderem in den USA, Simbabwe, Papua-Neuginea und der Antarktis. Außerdem sind eine Wasserstraße im Pazifik, eine in Madagaskar vorkommende Palme sowie der berühmte Hering nach ihm benannt.

Vielleicht würde man sich ja in Bismarck, North Dakota, der einzigen US-Bundeshauptstadt, die nach einem ausländischen Staatsmann benannt wurde, über ein Bismarckdenkmal freuen und das Andenken dieses Kanzlers ehren, wie es ihm auch gebührt. Alternativ wäre zu wünschen, daß der Hamburger Senat sein Engagement gegen Bismarck in der Antarktis fortsetzt. Das einleitende Zitat ist übrigens von Friedrich Ebert vor den Verhandlungen in Versailles 1919. Wer weiß, ob nicht auch Ebert schon bald kontextualisiert werden muß. L.R.

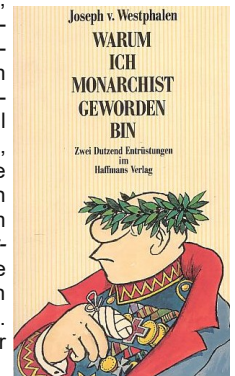


Die Hälfte der Deutschen traut sich die keine freie Meinungsäußerung

Die jüngste Befragung zur Meinungsfreiheit in Deutschland geriet zum Debakel, aber das scheint nur die wenigsten zu beunruhigen. Seit 1953 stellt das Meinungsforschungsinstitut Allensbach die gleiche Frage: „Haben Sie das Gefühl, daß man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ Die Antwort fiel stets so aus, wie es sich die wünschen, die den „freiesten Staat, der je auf deutschem Boden existierte“ beklatschen. Wie [die FAZ berichtete](#), war 2021 das Bild niederschmetternd: 45 % sagten, man könne seine Meinung frei äußern, 44 % verneinten dies.

Natürlich verbieten keine Gesetze die freie Meinungsäußerung, aber administrativen Beschränkungen (z. B. Punktabzug bei Diplomarbeiten, in denen nicht Gender-sprache benutzt wurde) selbst am Arbeitsplatz (die Audi AG schreibt ihren Mitarbeitern vor, nur noch von Audi-ner:innen zu sprechen) oder in Behörden (siehe Berliner Formulare) reden eine andere Sprache, ganz abgesehen von der Brandmarkung von Menschen, die nach Zigeunerschnitzel oder einem Mohrenkopf verlangen.

Als Monarchist ist man diese Ächtung gewohnt, weshalb gerade junge Leute, nachdem sie sich bei Monarchisten umgesehen haben, kein Engagement eingehen, denn sie wollen die berufliche Karriere nicht gefährden. Daß ihnen „die Öffentlichkeit“ es übelnimmt, wenn sie etwas anstreben, was in vier der neun deutschen Nachbarländern die etablierte und beliebte Staatsform ist, erstaunt bei näherer Betrachtung. Statt sich die aktuell gelebte Realität anzusehen, suchen Gegner der Monarchie ihre Negativbeispiele lieber in der Zeit vor hundert Jahren. Im Büchlein *Warum ich Monarchist geworden bin* wird die Entrüstung geschildert, wenn man sich als Monarchist outet. Doch: Das ist alles von der Meinungsfreiheit gedeckt. H.S.



Sokrates:

Wenn die Debatte vorbei ist, wird Verleumdung zum Werkzeug des Verlierers.

Tage:

- 26. Juni 1881: † Philipp Schey Freiherr von Koromla, gebürtig *Philipp Schey*, ungarisch *Schey Fülöp*, war der erste aus Ungarn stammende Jude, der in den österreichischen Adelsstand erhoben wurde.
- 26. Juni 1871: In Frankreich wird nach dem deutsch-französischen Krieg die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.
- 3. Juli 1866: Schlacht bei Königgrätz

Impressum:

Herausgeber: V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich. ©Krone: David Liuzzo

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen *aller* Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19. Juni 2021